

Fragen an ...

Die Landesrechnung 2021 weist 224 Millionen Franken Gewinn aus. Damit steigen die Reserven auf rund 2,7 Milliarden Franken. Gleichzeitig bereiten steigende Energiepreise und Inflationsängste grossen Teilen der Bevölkerung Sorgen.

Wie könnte der Staat seine Einwohnerinnen und Einwohner Ihres Erachtens an seinem Wohlstand besser teilhaben lassen und damit in schwierigen Zeiten entlasten?



FBP
LIECHTENSTEIN

Rainer Gopp, FBP

Immer wieder sind es Sondereffekte, welche uns ordentliche Überschüsse «bescheren». In sechs Jahren erzielte das Land nun insgesamt über eine Milliarde Überschuss. Unsere Staatsreserven bewegen sich nahe an drei Milliarden Franken. Nun ist es an der Zeit, der Bevölkerung wieder etwas zurückzugeben. Was aber meines Erachtens kein Weg sein kann, ist, dass wir wegen der nun hohen Energiepreise Gas und Öl subventionieren. Gerade auch aufgrund der Vorkommnisse in der Ukraine muss es unser Ziel sein, möglichst rasch von fossilen Energieträgern wegzukommen.

Wenn wir der nächsten Generation ein CO₂-neutrales Liechtenstein hinterlassen wollen, müssen wir heute die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Die FBP möchte dafür sorgen, dass sich möglichst jede und jeder in Liechtenstein den Umstieg auf nachhaltige Energiegewinnung leisten kann und sich dieser Umstieg auch lohnt. Wie kürzlich erwähnt, sehe ich als eine gute Option eine gesonderte öffentlich-rechtliche Stiftung bzw. einen Klima- & Energiefonds. Mit einem solchen Gefäss, welches nicht in der Landesrechnung geführt würde, könnte der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen gesichert werden. Die dafür vorgesehenen Staatsreserven sollen dann fix zugeteilt und so Zukunftssicherung für Generationen sein. Ein solches generationenübergreifendes, zukunftsweisendes und nachhaltiges Projekt wäre beste Werbung für den Standort Liechtenstein.

Gerade der Mittelstand muss unseres Erachtens entlastet werden. Dabei läge z.B. bei den Stipendien oder auch bei der Ermöglichung von Eigenheim grosses Potenzial. Die FBP ist dabei, solche Themen konkreten Lösungen zuzuführen.

Es gilt im Auge zu behalten, dass Steuern zielgerichtet eingesetzt werden. Werden über längere Zeit Reserven angehäuft, gilt es dies näher zu analysieren. Auch dabei steht für uns gerade der Mittelstand stark im Fokus.



VU.

Michael Winkler, VU

Die Einwohnerinnen und Einwohner profitieren nicht nur am Gewinn, sondern auch von einem stabilen und gut funktionierenden Staat. Die Reserven ermöglichen uns, visionäre Ideen umzusetzen, um für die Zukunft vorzusorgen. Zum Beispiel in der Mobilität, der künftigen Altersstrategie und auch bei der Energiewende. Unser Staat richtet verschiedene Unterstützungsleistungen aus und gerade in der Steuerpolitik sind wir zum Glück sehr liberal aufgestellt: Untere Einkommen werden bereits wenig bis gar nicht vom Staat belastet und die Sozialleistungen werden schon zielgerichtet eingesetzt. Man kann aber vieles besser machen. So setzt sich die VU mit Vorstössen dafür ein, dass z.B. der Bezug von Sozialleistungen vereinfacht wird und jene, die es brauchen, gute Unterstützungen durch den Staat bekommen. Darum haben wir die Themen «bezahlbares Wohnen» und «Familienunterstützung» auf die politische Agenda gesetzt. Auch die Ausrichtung der Ergänzungsleistungen wollen wir in nächster Zeit einer Prüfung unterziehen. Wir müssen sorgfältige Grundlagenforschung betreiben, um den Sozialstaat effizienter auszugestalten. Das hiesse, dass wir für gleich viel Geld bessere Unterstützung anbieten können. Es ist in der Tat sehr erfreulich, dass die Staatskasse im letzten Jahr auch operativ Gewinne geschrieben hat. Das schafft natürlich Begehrlichkeiten. Und es klingt für Politiker oft verlockend, das Geld an ihre jeweilige Lieblings-Klientel umzuverteilen. Das ist aber sehr effekthascherisch, kurzfristig gedacht und auf die Dauer gefährlich: Man muss bedenken, dass die Zahlen der Landesrechnung Momentaufnahmen sind. Das Gros der Gewinne konnte das Land wiederum mit den Finanzerträgen erzielen. Davon hat der Staat das Geld nicht «flüssig» und frei verfügbar zur Hand. Zudem kann der Wind sehr schnell drehen, wenn die Börse einen Abschwung erlebt. Die VU steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Staatsfinanzen und für die Unterstützung für jene Menschen, die es alleine nicht schaffen.



Patrick Risch, FL

Die hohen Finanzreserven des Staats sollten primär in die Zukunft investiert werden, so zum Beispiel in den Ausbau der heimischen Energieversorgung und den Erhalt der Umwelt für kommende Generationen.

Eine Investition in die Zukunft könnte auch bedeuten, unser bestehendes System komplett zu überdenken. Viele Menschen in Liechtenstein sind auf Unterstützungsgelder angewiesen und haben Anspruch auf Mietbeiträge, Vergünstigung der Krankenkassenprämie, Rückerstattung des Busabos, Stipendien, Kindergeld und weiteres. Um diese finanzielle Hilfe von Gemeinden und Staat zu erhalten, müssen bezugsberechtigte Personen aber überhaupt erst Kenntnis über die Vielzahl der verschiedenen Angebote haben. In einem zweiten Schritt muss dann ein Antrag auf Unterstützung gestellt werden. Beispielsweise wird die Verbilligung der Krankenkassenprämie nicht einmal von der Hälfte aller bezugsberechtigten Personen in Anspruch genommen.

Es gibt wohl verschiedene Gründe, weshalb das Angebot nicht ausgeschöpft wird. Unkenntnis darüber, bürokratischer Wirrwarr oder auch der Bittgang zum Sozialamt können abschreckend wirken. Hinzu kommt, dass die Bewertungsgrundlagen, ob eine Person bezugsberechtigt ist oder nicht, bei den diversen staatlichen Unterstützungsmassnahmen unterschiedlich sind. Das führt auch bei den Ämtern zu einem nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand, den diese neben den indirekten Leistungen des Staates, wie etwa dem Staatsbeitrag an die AHV oder die obligatorische Krankenkassenprämie, leisten müssen. Es ist nun vielleicht der richtige Zeitpunkt gekommen, über eine grundlegende Änderung nachzudenken, das komplizierte und kaum überschaubare System der einzelnen Verbilligungen abzuschaffen und ein Grundeinkommen einzuführen. Jeder Einwohner, jede Einwohnerin im Land erhält jährlich einen Beitrag vom Staat.



Pio Schurti, DU

Wir können froh sein, dass unser Land gemäss Landesrechnung 2021 einen so hohen Gewinn erzielen konnte und sich die Reserven auf rund 2,7 Milliarden Franken belaufen.

Steigende Energiepreise oder Inflationsängste sind aber kein Grund dafür, Geld zu verteilen, damit die Einwohnerinnen und Einwohner besser am Wohlstand teilhaben können. Auch wenn es zweifelsohne etliche Personen und Familien gibt, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, können wir immer noch davon ausgehen, dass es einer grossen Mehrheit im Land gut bis sehr gut geht.

Zum jetzigen Zeitpunkt sollte der Staat sich darauf beschränken, nur Personen und Familien unter die Arme zu greifen, die Mühe haben, über die Runden zu kommen. Bei der Unterstützung für Bedürftige darf der Staat durchaus grosszügig sein.

Im Übrigen sollte der Staat weiterhin so gut wirtschaften und mit den Reserven haushälterisch umgehen. Und der Gesetzgeber sollte dafür sorgen, dass möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner sich aus eigener Kraft ein gutes Auskommen erarbeiten können. Die Mindestlöhne könnten angehoben werden. Die AHV sollte dringend zumindest der Teuerung angepasst werden.



Thomas Rehak, DPL

Das Jahr 2021 entpuppte sich für den Staatshaushalt Liechtensteins trotz Corona als sehr erfolgreich. Das Betriebsergebnis lag bei 46 Millionen Franken, budgetiert hatte die Regierung einen Verlust von 120 Millionen. Auch das Finanzergebnis lag mit 178 Millionen Franken weit über den Erwartungen. Ein solch positives Resultat ist erfreulich und eröffnet Möglichkeiten für Investitionen in die Infrastruktur und in die Entlastung der Bürger.

Über unseren Vorschlag über die Abschaffung der obligatorischen Kostenbeteiligung (Franchise) von 500 Franken für die Rentner hat diese Woche der Landtag ablehnend entschieden. Daher wird das Volk über diese Initiative befinden. Diese längst überfällige Entlastung der Rentner wird unseren Staatshaushalt maximal zirka 3,5 Millionen Franken pro Jahr kosten. Es gibt noch eine Reihe anderer Kostenüberwälzungen, die den Bürgern im Rahmen der Staatshaushaltsanierung aufgeladen wurden, welche der Staat heute problemlos wieder übernehmen könnte. Eine Massnahme wäre z.B., dass das Land die Kosten für das Busabo für Kinder, Jugendliche und Senioren wieder übernimmt. Alles relativ bescheidene Ausgaben angesichts der Haushaltslage des Landes.

Allerdings darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die bevorstehenden Investitionen in die Mobilität und in die Umstellung der Energieversorgung eine massgebliche Summe benötigen werden. Deshalb ist weiterhin ein vorsichtiger Umgang mit dem Staatsvermögen angezeigt.